

Antrag

der Abgeordneten Wolfgang Gehrcke, Jan van Aken, Christine Buchholz, Sevim Dağdelen, Dr. Diether Dehm, Annette Groth, Heike Hänsel, Andrej Hunko, Harald Koch, Stefan Liebich, Niema Movassat, Thomas Nord, Paul Schäfer (Köln), Alexander Ulrich, Kathrin Vogler, Katrin Werner und der Fraktion DIE LINKE.

UN-geführte Untersuchung des israelischen Angriffs auf den Gaza-Hilfstransport – Sofortige Aufhebung der Blockade

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Der Präsident des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen hat am 1. Juni 2010 nachdrücklich die Forderung an die israelische Regierung gerichtet, ein Ende der Gewalt ernsthaft und unverzüglich anzustreben. Entscheidungen des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen dürfen nicht länger von Israel missachtet werden.
2. Der Angriff des israelischen Militärs auf den Free-Gaza-Schiffskonvoi war ein aggressiver und zu verurteilender Akt. Nichts kann die Gewalt rechtfertigen, mit der das israelische Militär bei dem Angriff auf den Schiffskonvoi vorgegangen ist. Die Angehörigen der getöteten Friedensaktivisten und die Verletzten haben das Mitgefühl des Deutschen Bundestages.
3. Dieser Angriff des israelischen Militärs auf die Schiffe des internationalen Konvois mit Hilfsgütern für die Bevölkerung in Gaza in internationalen Gewässern hat die Lage im Nahen Osten weiter verschärft. Das Vorgehen und die bisherigen Erklärungen der israelischen Regierung tragen nicht zur Entspannung bei. Sie gefährden zusätzlich die indirekten Gespräche zwischen der israelischen und der palästinensischen Regierung.
4. Die fortdauernde Abriegelung des Gaza-Streifens, die massive Einschränkung der Bewegungsfreiheit der Zivilbevölkerung und die Behinderung sowie Abweisung von Hilfstransporten entspricht nicht dem Völkerrecht. Die Vereinten Nationen, eine Vielzahl Regierungen aus aller Welt, darunter auch die Bundesregierung, fordern, die Blockade des Gaza-Streifens zu beenden. Diese ist auch nicht durch die Raketenangriffe der Hamas auf Israel zu rechtfertigen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sich für die sofortige Einsetzung einer neutralen UN-geführten Untersuchungskommission zur Aufklärung des Angriffs einzusetzen und die israelische Regierung aufzufordern, dieser Untersuchungskommission unverzüglich alle Unterlagen und Materialien zur Verfügung zu stellen, die

Film-, Foto- und Audioaufnahmen der Free-Gaza-Passagiere freizugeben und der Kommission alle Freiheiten für die notwendigen Ermittlungen einzuräumen;

2. von Israel die sofortige Beendigung der Gaza-Blockade zu fordern und damit eine geregelte, freie Ein- und Ausreise sowie den Transport von Waren und Gütern sicherzustellen;
3. von der israelischen Regierung Wiedergutmachung gegenüber den Opfern des Angriffs einzufordern;
4. sich dafür einzusetzen, dass Israel die gesamten Hilfslieferungen in den Gaza-Streifen passieren lässt und die Hamasführung unabhängig davon aufzufordern, alle Hilfslieferungen bedingungslos anzunehmen und an die Bevölkerung auszugeben, bzw. die UN bei der Verteilung der Hilfsgüter zu unterstützen.

Berlin, den 17. Juni 2010

Dr. Gregor Gysi und Fraktion